

Erwartungen der deutschen Metall- und Elektro-Industrie an die neue Europäische Kommission



GESAMT*METALL*

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

Ergebnisse der Europawahl

Im Juni wurde das Europäische Parlament neu gewählt. Am europaweiten Wahlergebnis fällt folgendes auf: Die Europäische Volkspartei (EVP) ist nicht nur wieder stärkste Kraft geworden, sie konnte sogar Stimmgewinne verzeichnen. Sie ist die klare Wahlgewinnerin. Statt wie bisher 176 Sitze wird sie künftig 188 Sitze im Europäischen Parlament haben (Stand 22.08.2024). Die zwei Fraktionen rechts der EVP, die EKR und die ID (jetzt: „Patrioten für Europa“), gewinnen ebenfalls dazu, mit der ESN („Europa der souveränen Nationen“) kommt sogar eine weitere Fraktion am äußersten rechten Rand hinzu. Das ist eine leichte Kräfteverschiebung, erdrutschartige Zugewinne bei europaskeptischen oder -feindlichen Parteien blieben jedoch aus. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass rechtsextreme Parteien in drei Ländern (Frankreich, Österreich und den Niederlanden) stärkste Kraft wurden. In Deutschland wurde die AfD erstmals bei einer bundesweiten Wahl zweitstärkste Kraft. Zählt man die Stimmen des Bündnisses Sarah Wagenknecht dazu, so

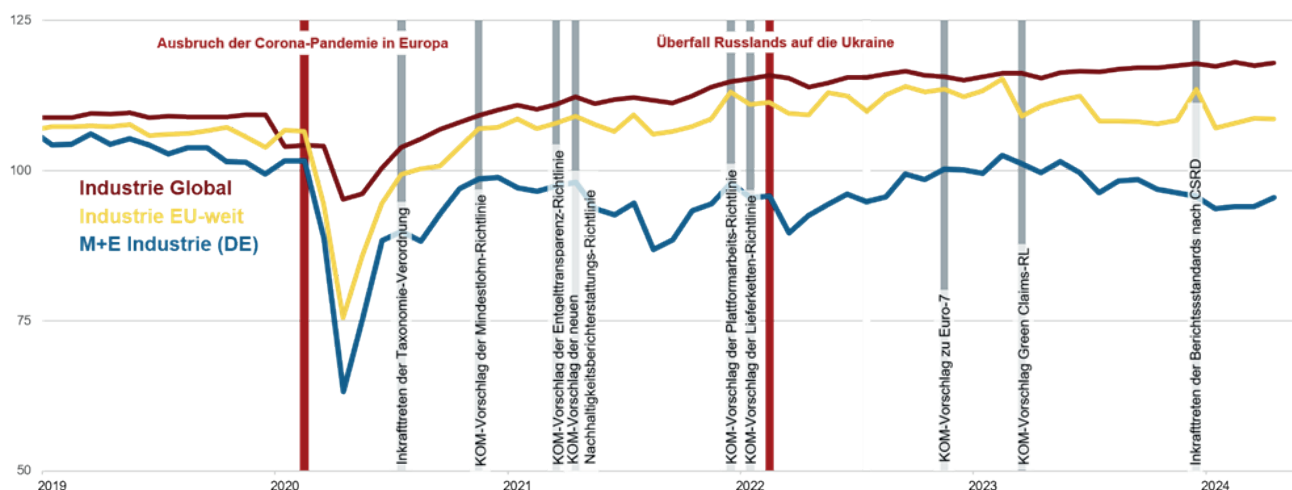
wählten über ein Fünftel der deutschen Bürger Parteien, die Europa klar ablehnen – und da sind Stimmen z.B. für die Satirepartei „DIE PARTEI“ noch gar nicht mit eingerechnet. Das ist eine sehr beunruhigende Entwicklung.

Die Wahl klar verloren haben die Parteien links der Mitte. Alle vier Fraktionen (Linke, Grüne, S&D und die sozial-liberal dominierte Renew Europe) haben Einbußen zu verzeichnen. In der Legislaturperiode 2019-2024 kamen sie gemeinsam auf 350 Mandate (und verfehlten damit die absolute Mehrheit von 353 Mandaten nur haarscharf). Im leicht vergrößerten künftigen Europäischen Parlament kommen sie zusammen nur noch auf 312 Mandate (Stand 22.08.2024). Das spiegelt sich auch in den deutschen Wahlergebnissen wieder. Bündnis90/Die Grünen haben ihre Stimmanteile fast halbiert, stellen künftig statt 21 nur noch 12 Abgeordnete. Die SPD hat ihr historisch schlechtestes Ergebnis von 2019 nochmals unterboten, auch Die Linke hat erhebliche Verluste erlitten.

Schlussfolgerungen aus dem Europawahlergebnis: Fünf Forderungen an die nächste Kommission (2024–2029)

1. Politikwechsel: Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit statt „business as usual“

M+E-Produktion im Vergleich zur globalen Entwicklung der Industrieproduktion, preis-, kalender- & saisonbereinigte Indizes (Ø 2015 = 100)



Quelle: CPB WORLD TRADE MONITOR; Eurostat; Stat. Bundesamt; Gesamtmetallberechnungen

Seit 2019 hat die deutsche und europäische Wirtschaft und insbesondere die deutsche Metall- und Elektro-Industrie heftige Krisen zu durchstehen. Denn die M+E-Industrie befand sich bereits in einer Rezession, bevor sie

von dem enormen Wirtschaftseinbruch mit dem Einsetzen der Corona-Pandemie getroffen wurde. Forderungen der Wirtschaft nach einem Belastungsmoratorium blieben ungehört. Ganz im Gegenteil: Die Kommission

legte weiterhin unbeirrt zahlreiche, die Wirtschaft überaus stark belastende Gesetzgebungsinitiativen vor, auch nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, wie die folgende Grafik zeigt.

Sowohl die europäische Wirtschaft insgesamt als auch insbesondere die deutsche Metall- und Elektro-Industrie haben sich **im Vergleich mit dem globalen Industriedurchschnitt** deutlich langsamer und schwächer erholt. Die Produktion der deutschen M+E-Industrie liegt noch immer unter dem Niveau von 2015!

Dieser besorgniserregenden Entwicklung muss nun endlich entgegengesteuert werden: **Die Politik muss die Rahmenbedingungen für die Industrie deutlich verbessern – statt ständig neue Belastungen zu schaffen.**

Aus unserer Sicht zeigt das Ergebnis der Europawahl deutlich, dass die rot-grün dominierte EU-Politik der letzten Jahre, die z.B. die EU-Mindestlohn-Richtlinie, die Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie oder die EU-Lieferketten-Richtlinie maßgeblich vorangetrieben hatte, klar abgewählt wurde. **Der Wählerwille muss nun zu einem echten Politikwechsel führen!**

2. Vertrauensbasierter Politikansatz

Gerade in der EU-Sozialpolitik wurde der Missbrauch bestehender Regeln durch einige Wenige immer wieder zum Maßstab für noch strengere Regeln, die das Gros der gesetzestreuen Unternehmen mit sinnloser Bürokratie überziehen. Die besten Beispiele dafür sind die Plattformarbeits-Richtlinie und die EU-Lieferketten-Richtlinie (CSDDD). Der von Missbrauch getriebene Politikansatz geht mit einem falschen Verständnis der elementaren Bedeutung der Wirtschaft für Wachstum und Wohlstand in der EU einher. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Freiheit des Marktes mit einem sozialen

Ausgleich. Der missbrauchsgetriebene Politikansatz verringert die Freiheit des Marktes in unnötiger Weise. Die negativen Auswirkungen dieses Politikverständnisses auf die Attraktivität des Investitionsstandortes Europa sind ebenfalls nicht zu unterschätzen. **Gesetzgebung sollte sich daher künftig wieder primär am Gros der gesetzeskonformen Unternehmen orientieren, leicht umsetzbar sein, klare Sanktionen bei Missbrauch und eine strenge Überwachung durch die Behörden vorsehen. Damit könnte viel überflüssige Bürokratie eingespart werden.**

3. Freihandel: Anspruch der „geopolitischen Kommission“ muss nun auch richtig umgesetzt werden!

Die letzte Europäische Kommission hatte den Anspruch, „geopolitisch“ sein zu wollen. Dies ist in der Außen- und Sicherheitspolitik teilweise gelungen. In der Außenhandelspolitik jedoch führte das Handeln der Kommission eher zu Rück- denn zu Fortschritten. Bei Verhandlungen von Freihandelsabkommen mit wichtigen globalen Partnern ging es in den letzten Jahren kaum voran. Dies liegt nicht zuletzt an überambitionierten Forderungen der EU zu Umwelt- und Sozialstandards, die die Verhandlungen erschwerten und überfrachteten. Protektionistische Maßnahmen wie die CO₂-Grenzabgabe „CBAM“ (Carbon Border Adjustment Mechanism) oder beherrschende Weltverbesserungspolitik wie die EU-Liefer-

ketten-Richtlinie tun ein Übriges, um Europas Ansehen im Welthandel zu beschädigen. **In den kommenden Jahren muss die Außenhandelspolitik der EU wieder stärker auf Wachstums- und Wohlstandsgewinne durch Freihandel ausgerichtet und damit entschlackt werden!**

4. Binnenmarkt stärken: „Doing more with less“!

Im Rahmen ihrer Ressourcenstrategie stellte die Kommission bereits vor Jahren mit „Doing more with less“ einen sehr ambitionierten Anspruch an die Industrie auf. Der Anspruch muss auch für die Arbeit der Kommission gelten. Der EU-Binnenmarkt braucht zu seiner Vervollständigung aus unserer Sicht nicht mehr, sondern weniger Regeln – insbesondere hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Hier muss die Kommission **regulatorische Hemmnisse**, wie z. B. die Beantragungspflicht der A1-Bescheinigung auch für kurze Dienstreisen oder komplizierte arbeitsrechtliche Meldepflichten für Entsendungen **konsequent eindämmen und zurückbauen**.

EU-Gesetzgebung muss auf die Fälle begrenzt werden, bei denen tatsächlich ein grenzüberschreitender Sachverhalt gegeben ist. Ansonsten sollte sich die Kommission – wie von den EU-Verträgen vorgegeben – in der Sozialpolitik auf die Vorgabe von harmonisierenden Mindeststandards beschränken. Wenn EU-Gesetzgebung (wie z. B. die Entgelttransparenz-Richtlinie oder die EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD) deutlich weiter geht als jede vorhandene nationale Regelung in der EU, kann von „Mindeststandards“ nicht mehr die Rede sein!

5. Europäische Leuchtturmprojekte mit hoher Integrationskraft statt legislativem Klein-Klein

Jacques Delors Ausspruch „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“ ist weiterhin unbestritten richtig. Er bedarf aber folgender Ergänzung: „In die Revision der Revision der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats verliebt man sich aber noch viel weniger.“

Die Schaffung des Schengen-Raums und des EU-Binnenmarkts sowie die Einführung des Euros waren Groß-

projekte, die visionären Mut erforderten und die EU entscheidend voranbrachten. Solche Großprojekte, die für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der EU von entscheidender Bedeutung sind, fehlen heute leider. Die EU-Politik fokussiert sich in zunehmendem Maße auf äußerst kleinteilige Vorschriften und Regelungen, die häufig auf Ebene der Mitgliedstaaten oder Regionen besser und zielgenauer aufgehoben wären.

IMPRESSUM

Gesamtmetall | Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e. V.
Voßstraße 16
10117 Berlin

Ansprechpartner:
Stefan Solle
Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen und Leiter des Büros Brüssel
E-Mail: solle@gesamtmetall.de

www.gesamtmetall.de
www.facebook.com/MEArbeitgeber
www.twitter.com/MEArbeitgeber
www.instagram.com/mearbeitgeber

© Gesamtmetall, September 2024